Lidl erpresst: Verdächtige festgenommen

Recklinghausen (dpa). Schon im April soll in einer Lidl-Filiale eine Bombe explodiert sein, jetzt wird bekannt, dass dahinter wohl ein Erpressungsversuch steckte. Die Polizei hat mehrere Verdächtige festgenommen, die den Discounter Lidl erpresst haben sollen. Nach Informationen der »Bild«-Zeitung sollen die Täter in einer Filiale in Herten bei Recklinghausen einen Sprengsatz zur Explosion gebracht haben. Eine Verkäuferin sei verletzt worden.

Ein Polizeisprecher kommentierte diese Details nicht und bestätigte lediglich, dass es Festnahmen wegen einer Erpressung des Discounters gebe. Weitere Informationen sollen bei einer heutigen Pressekonferenz bekannt gegeben werden. Lidl selbst äußerte sich nicht.

Die Erpresser sollen gedroht haben, weitere Bomben in den Märkten zu zünden, meldete »Bild«. Dem Bericht zufolge haben sie eine Million Euro gefordert. Unter Berufung auf einen Anwalt der mutmaßlichen Täter sprach der WDR von einem Pärchen, dass von der Polizei gefasst wurde. Nach dem Zünden der Rohrbombe in dem Markt vor drei Monaten habe die Discountkette Geld auf Prepaid-Kreditkarten überwiesen, vermeldete der Sender weiter.

AfD klagt gegen Landrat und Bürgermeister

Delbrück (WB/mobl). Der Paderborner Kreisverband der AfD hat Strafanzeige gegen Delbrücks Bürgermeister Werner Peitz (parteilos), Kämmerin Ingrid Hartmann und den Paderborner Landrat Manfred Müller (CDU) gestellt. Nach Ansicht der AfD veruntreuen sie öffentliche Mittel, indem sie Geld für »rechtswidrig eingedrungene, illegale Flüchtlinge« ausgeben. Anlass der Strafanzeige sei ein Bericht der Kämmerin Ingrid Hartmann, in dem sie vor einer dauerhaften Schuldenspirale warnte. »Ursache der Verschuldung sind die hohen Lasten für so genannte Flüchtlinge, insbesondere für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge«, schreibt die AfD in ihrer Anzeige. Die aufgewendeten Kosten des Bürgermeisters entbehrten jeglicher Grundlage und stellten eine Veruntreuung öffentlicher Mittel dar. »Wir haben ein Recht auf Widerstand, und diese Strafanzeige ist Teil unseres Verständnisses von Widerstand«, sagte der AfD-Sprecher Günter Koch dem WESTFALEN-BLATT. Oberstaatsanwalt Marco Wibbe von der Staatsanwaltschaft Paderborn bestätigte den Eingang der Strafanzeige: »Wir prüfen jetzt, ob sie strafrechtliche Relevanz hat.«

Paderborn aus der Luft: Das Erzbistum hat eine Diskussion darüber angestoßen, welche Gebäude überflüssig sind. Foto: Jörn Hannemann

3000 Immobilien im Erzbistum auf dem Prüfstand

Auch Kirchen sind von einem Verkauf nicht ausgenommen

Von Dietmar Kemper

Paderborn (WB). Der Paderborner Dom ist tabu. Er wird nicht aufgegeben. Dieses Schicksal droht aber einer Reihe der 3000 Immobilien im Erzbistum Paderborn.

Der Titel ist doppeldeutig. »Die Aufgabe von Gebäuden« heißt das Diskussionspapier des Erzbistums Paderborn, in dem das Generalvikariat die Gemeinden auffordert, sich Gedanken darüber zu machen, welche der 3000 Immobilien wegfallen könnten, weil sie keinen wichtigen Zweck mehr erfüllen. »Wir möchten die Menschen in den Pastoralen Räumen dazu anregen, sich die ehrliche Frage zu stellen, welche Aufgabe die einzelnen Immobilien vor Ort eigentlich erfüllen sollen«, erläutert Generalvikar Alfons Hardt und betont: »Pastorale Räume sind ja kein loser Zusammenschluss von unabhängigen Pfarreien, die alle ein eigenes Zentrum mit Kirche, Pfarrhaus, Pfarrheim haben müssen, vielmehr eine Einheit, die sich auf bestimmte Schwerpunkte verständigt hat, also gemeinsame Ziele für eine gute Zukunft der Kirche vor Ort verfolgt.« Wenn unter diesen Bedingungen über den Immobilienbestand nachgedacht werde, könne die Erkenntnis reifen, dass manches Gebäude keine zwingende Aufgabe mehr erfüllt. Konkret geht es um Gebäude, die sich im Besitz der Pfarrgemeinden befinden – wie zum Beispiel Pfarrheime, Kitas und Büchereien.

Für die katholische Kirche waren die Zeiten schon mal besser. Pfarrer müssen sich um mehrere Gemeinden gleichzeitig kümmern, im Erzbistum wurden mittlerweile 92 Pastoralverbünde gebildet. Gottesdienste werden oft vor halb leeren Bänken gefeiert. Kein Wunder, dass die Bistümer nach weiteren Einsparpotenzialen suchen. Immobilien können zur finanziellen Belastung werden – das Erzbistum Paderborn veranschlagt 1,4 Milliarden Euro für Bau- und Sonderrücklagen. Auch das Bistum Hildesheim stellt seine Gebäude auf den Prüfstand.

Welches Gebäude ist sinnvoll, historisch bedeutsam und unerlässlich? Welches verzichtbar? Darüber soll im Erzbistum ein Jahr lang bis zum Diözesanen Forum im September 2017 in Unna beratschlagt werden, zu Beginn von der Dechantenkonferenz, dem Diözesanpastoralrat und dem Priesterrat. »Ab 2018 wird dann ein Pastoraler Raum nach dem anderen anfangen, für sich ein Immobilienkonzept zu entwickeln«, sagte Pressereferentin Claudia Nieser gestern dem WESTFALEN-BLATT. Gesamtpfarreien wie die in Beverungen gelten zum Beispiel als Pastoraler Raum, insgesamt soll es 88 im Erzbistum geben. Weniger als die Kirchenaustritte bilde die demografische Entwicklung mit mehr Todesfällen als Taufen den Hintergrund für die Inventur der Gebäude, sagte Nieser. Die Kirchengemeinden sollten langfristig finanziell auf solide Füße gestellt werden. Dass sich die heimische Kirche von Immobilien trennt, steht schon fest. Im für das Erzbistum Paderborn entwickelten und Ende Oktober 2014 verabschiedeten »Zukunftsbild« heißt es: »Es ist erkennbar, dass dauerhaft nicht alle heute vorhandenen Immobilien zu halten sind und Umnutzungen bestehender Immobilien notwendig werden.« Eine Streichliste gebe es aber nicht, erklärte Nieser gestern. Kirchen seien nicht tabu, wenn es um Verkauf und Abriss von Gebäuden gehe.

> **»Gebäude sind nicht selten für Generationen gebaut, von ihnen geht für Menschen eine hohe Identifikation aus.«**
>
> Generalvikar Alfons Hardt

Die Diskussion darüber, welches Objekt überflüssig ist, wird sicherlich nicht nur Kosten-Nutzen-Analysen enthalten, sondern vermutlich auch emotional geführt werden. Kirchen stellen mehr als nur Versammlungsräume dar – die Gläubigen verbinden mit ihnen Erinnerungen. Generalvikar Hardt drückt es so aus: »In Kirchen ist man getauft oder gefirmt worden, man hat dort geheiratet, man hat sich dort von verstorbenen Angehörigen verabschiedet.« Deshalb solle nicht von oben herab autoritär entschieden werden, welches Gebäude wegfällt. Das Erzbistum Paderborn ist 14 745 Quadratkilometer groß, umfasst das Sauerland und Teile des Ruhrgebiets und reicht im Norden bis Minden. Unter den 4,8 Millionen Einwohnern sind gut 1,5 Millionen Katholiken.

Libori-Vesper wird live übertragen

Paderborn (WB). Interessierte können die Pontifikalvesper zur Eröffnung des Liborifestes im Paderborner Dom am Samstag um 15 Uhr via Internet-Livestream und im Fernsehen verfolgen. Im Internet wird die Vesper auf domradio.de und katholisch.de übertragen. Außerdem zeigen die Sender EWTN (Satellit Astra, Frequenz 12460 MHz) und bibeltv (Kabelnetz oder Satellit Astra, Frequenz 12552 MHz) die Libori-Messen.

A 44-Abfahrt bei Warburg gesperrt

Warburg (WB/cg). Die Ausfahrt Warburg der Autobahn 44 wird vom kommenden Montag an bis zum 13. August gesperrt. Grund ist die Erneuerung der Fahrbahndecke. Die Autobahn weist momentan in diesem Bereich Risse, Spurrinnen und Ausbrüche auf, die die Erneuerung auf einer Länge von 4,25 Kilometern erforderlich machen.

84 Kilo Haschisch gefunden

Bad Oeynhausen (dpa). 84 Kilogramm Haschisch im Wert von etwa 700 000 Euro hat der Bielefelder Zoll bei einer Autokontrolle gefunden. Nach Angaben aus dem Hauptzollamt war den Beamten bereits am Freitag ein Auto mit ausländischen Kennzeichen in Bad Oeynhausen aufgefallen. Im Auto fanden die Beamten 102 Pakete mit Drogen. Das gepresste Haschisch war in Hohlräumen im Fahrzeug versteckt.

Lkw blockiert Bahnschranke

Borgholzhausen (WB). Ein Lkw-Fahrer, der in Borgholzhausen auf der Zufahrtsstraße zur A 33 zu früh auf einen Bahnübergang gefahren war, hat gestern riesige Staus verursacht. Eine Bahnschranke blieb genau zwischen Zugfahrzeug und Anhänger stecken. Es verging mehr als eine Stunde, bevor ein Bahntechniker den Übergang wieder freigab.

Mädchen (13) verschwunden

Oerlinghausen (WB). Die Polizei sucht ein 13-jähriges Mädchen aus Oerlinghausen. Vivian W. wird seit dem 14. Juli vermisst. Als Ursache des Verschwindens vermutet die Polizei Spannungen in der Familie. Das Mädchen ist etwa 1,70 Meter groß, schlank und hat schulterlange Haare. Am Mittwoch habe sie sich telefonisch zu Hause gemeldet, ohne zu sagen, wo sie sich aufhält. Hinweise an 0 52 32 / 9 59 50.

Mehr Abschiebungen in NRW

CDU-Opposition fordert trotzdem schärfere Gangart

Düsseldorf (dpa). Immer mehr Asylsuchende kehren gezwungenermaßen oder freiwillig in ihre Heimat zurück. Auch Nordrhein-Westfalen dringt stärker auf schnelle Abschiebung und unterstützt Rückkehrer. In diesem Jahr wird sich die Zahl der freiwilligen Ausreisen abgelehnter oder chancenloser Flüchtlinge voraussichtlich verdoppeln. Dennoch würden in NRW überdurchschnittlich viele Ausreisepflichtige beherbergt, bemängelte die CDU-Opposition.

Nach Angaben der Bundespolizei konnten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres etwa 11 000 Flüchtlinge aus NRW freiwillig zurückgeführt werden – fast ebenso viele wie im gesamten Jahr 2015 (rund 11 500).

Wie das NRW-Innenministerium auf Anfrage mitteilte, nahmen 8356 freiwillige Rückkehrer ein bundesweites Hilfsprogramm in Anspruch. In 2652 weiteren Fällen organisierte und finanzierte das Land NRW die Ausreise in die Heimat. »Die freiwillige Ausreise ist die bessere Lösung – für alle Beteiligten«, bekräftigte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Auch die Zahl der zwangsweisen Abschiebungen aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland ist stark gestiegen: von 1342 in den ersten fünf Monaten 2015 um etwa 62 Prozent auf 2167 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres. Die Junizahlen für NRW liegen noch nicht vor. Bis zum Mai hatte NRW nach Angaben des Landesinnenministeriums in diesem Jahr bundesweit die meisten Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen verzeichnet. Für das erste Halbjahr 2016 beansprucht Sachsen mit 2245 Abschiebungen einen Spitzenplatz unter den Ländern.

André Kuper (CDU) sieht die Zahlen des Landes kritisch.

Der Anstieg der absoluten Zahlen in allen Ländern täuscht aus Sicht der CDU-Opposition darüber hinweg, dass NRW im Vergleich dennoch zurückgefallen sei. Während in den Jahren 2010 bis 2014 noch jede vierte Abschiebung aus NRW abgewickelt worden sei, sei es nun knapp jede fünfte, kritisierte der Vizevorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper aus Rietberg.

Die Ablehnungsquote falle hier durchaus hoch aus: Im ersten Halbjahr 2016 seien in NRW gut 38 Prozent von 50 000 Entscheidungen über Asylanträge negativ beschieden worden. Besorgniserregend sei aber, dass NRW mit rund einem Viertel einen überdurchschnittlichen Anteil aller Ausreisepflichtigen ohne Duldung beherberge: rund 13 000 von bundesweit mehr als 51 000. Das dürfe sich nicht verstärken, mahnte Kuper. Auch die Quote der offiziellen Duldungen sei in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hoch: Von rund 59 000 Ausreisepflichtigen (Stand 31. Mai 2016) hätten 78 Prozent eine Duldung erhalten. In Bayern liege die Quote bei 61 Prozent, in Hamburg nur bei 25 Prozent.

Ob freiwillig oder gezwungen: Immer mehr Asylsuchende kehren aus NRW in ihre Heimat zurück. Foto: dpa